

A-1 Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues Morgen!

Gremium: Bundesvorstand, Fachforum Wirtschaft,
Soziales und Gesundheit
Beschlussdatum: 08.10.2020
Tagesordnungspunkt: A Startpunkt Krise – Aufbruch in ein neues
Morgen

Antragstext

1 Soziale Spaltung, Klimakrise, massenhaftes Artensterben, Krise unseres
2 Gesundheitssystems und eine drohende Wirtschaftskrise: Wir befinden uns in einer
3 Zeit der Krisen, was nicht erst durch die Corona-Pandemie gesellschaftlich
4 sichtbarer und spürbarer wird. Marode Gesundheitssysteme, steigende Armut und
5 keine Aussicht auf Verbesserung: Die gesellschaftlichen Konsequenzen von
6 Marktlogik und Zwang zur Profitmaximierung zeigen sich so deutlich wie seit
7 Jahrzehnten nicht mehr. Und diese Krisenhaftigkeit ist kein Zufall: Krisen
8 wohnen unserem System inne und sind ein Wesensmerkmal des Kapitalismus.

9 Die Schere zwischen Arm und Reich klappt auseinander. Während man auf
10 schnellstem Weg großen Konzernen Rettungspakete schnüren konnte, blieben die
11 Ärmsten der Gesellschaft außen vor. Wer vorher schon im Niedriglohnsektor
12 gesteckt hat, rutscht spätestens mit dem Kurzarbeitergeld in Armut.
13 Armut ist mehr als das Unvermögen einzelner, sie ist systemisch: Eine
14 Wirtschaft, die sich an Profitmaximierung orientiert, missachtet unter diesem
15 Anspruch systematisch die Befriedigung selbst der grundlegendsten menschlichen
16 Bedürfnisse. Wenn schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne gut für die
17 Wirtschaft sind, dann wird klar: Dass es uns gut geht, solange es der Wirtschaft
18 gut geht, ist nicht mehr als eine Ausrede, um Profitinteressen zu verschleiern.

19 Arbeit strukturiert Gesellschaft - doch wie sie die Gesellschaft strukturiert,
20 ist zutiefst ungerecht. Während wenige davon leben können, dass andere für sie
21 arbeiten, müssen viele gegen Lohn arbeiten gehen, der ihnen im schlimmsten Fall
22 nicht mal zu einem Leben in Würde reicht oder werden gleich durch Hartz IV in
23 Armut gedrängt.

24 Diese Verhältnisse sind nicht durch Zufall so entstanden. Die knapp 1,5
25 Millionen deutschen Millionär*innen haben nicht einfach ein bisschen härter
26 gearbeitet oder irgendwie Glück gehabt. Kapitalismus baut darauf auf, dass es
27 Menschen gibt, die besitzen und andere, die dafür arbeiten müssen.

28 Und auch die Klimakrise ist nicht nur das Ergebnis einzelner schlechter
29 Entscheidungen oder die Konsequenz unbekannter Fakten. Sie hat ihren Ursprung in
30 einem System, das auf Ungerechtigkeit basiert und das Mensch und Natur
31 ausbeutet. So sind auch die Folgen der Klimakrise zutiefst ungerecht verteilt
32 und diejenigen, die am wenigsten für die Klimakrise verantwortlich sind, sind am
33 härtesten von ihr betroffen. Doch Lösungen für die Eindämmung der Klimakrise
34 kratzen immer noch nur an der Oberfläche, statt ihre Ursachen an der Wurzel zu
35 packen.

36 Diese Krisen lassen Risse im Status Quo entstehen. An ihnen wird klar: was wir
37 brauchen, sind grundlegend neue Maßstäbe und Regeln, nach denen unsere
38 Gesellschaft organisiert ist. Wir wollen mit systemischen Lösungen an diesen
39 Krisen ansetzen, um den Politikwechsel zu schaffen.

40 **Das Gute Leben für alle!**

41 Wir kämpfen für ein System, das sich nicht länger daran orientiert, wo der
42 meiste Profit generiert werden kann, sondern daran, welche Bedürfnisse eine
43 Gesellschaft hat.

44 Um bedürfnisorientiert zu Wirtschaften müssen wir uns deswegen von Profit- und
45 Wachstumszwängen lösen.

46 Was wir dafür brauchen, ist ein radikaler Wandel der Art und Weise, wie unsere
47 Gesellschaft und unsere Wirtschaft organisiert sind. Wir müssen Bereiche der
48 demokratischen Kontrolle zuführen und dafür dem Markt entziehen. Grundrechte wie
49 Mobilität, Gesundheit oder Wohnen oder unsere Energieversorgung sind Bereiche,
50 in denen wir uns nicht länger leisten können, dass Gewinninteressen von wenigen
51 über den Bedürfnissen von vielen stehen. Nicht Konzerne, sondern wir als
52 Gesellschaft, müssen darüber entscheiden, was und zu welchen Bedingungen
53 produziert wird. Nur so können wir die Herausforderungen unserer Zeit wie
54 soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeit und ökologische Krisen angehen.

55 Unsere Vision ist eine Welt, in der niemand in Armut leben muss, in der niemand
56 ausgebeutet wird und in der der Wert eines Menschen nicht an seiner
57 wirtschaftlichen Verwertbarkeit festgemacht wird. Ein System, in der durch
58 radikale Klimapolitik das 1,5-Grad-Ziel noch eingehalten werden kann und in der
59 gesellschaftliche Arbeit gerecht verteilt wird, ist möglich. Was wir dafür
60 brauchen, ist eine Demokratisierung unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft,
61 die allen Menschen Mitbestimmung ermöglicht und eine radikale Umverteilung des
62 gesellschaftlichen Reichtums

63 Das derzeitige System kann nur fortbestehen, wenn es Ressourcen gibt, die
64 ausgebeutet werden können und Auslagerung möglich ist. Grundvoraussetzung für
65 das Entstehen des Kapitalismus war die rassistisch legitimierte, gewaltvolle
66 Aneignung von Ressourcen und die Versklavung von Menschen in Zeiten des
67 Kolonialismus.

68 Ausgrenzung und Ungerechtigkeit ermöglichen auch heute, dass das System erhalten
69

70 bleibt. Deswegen ist es wichtig, unsere Kämpfe global zu denken und sowohl bei
71 der Bekämpfung der Klimakrise als auch in Arbeitskämpfen diejenigen nicht zu
72 vergessen, die von der Externalisierung am stärksten betroffen sind: Die
73 Ausbeutung von Lohnabhängigen und von Natur im Globalen Süden muss endlich
74 beendet werden. Weltweit leiden Menschen unter der Unterdrückung im Kapitalismus
75 und wir alle wissen: Die Klimakrise wird nicht mehr lange einzudämmen sein. Ein
76 Leben in Freiheit und Würde für alle Menschen weltweit ist letztendlich nur
möglich, wenn wir den Kapitalismus überwinden.

77 **Schritte des Aufbruchs**

78 Arbeitskämpfe sind zentral für die Ausgestaltung unseres Zusammenlebens.
79 Gerade entscheiden nur wenige Menschen darüber, wie unsere Arbeit organisiert
80 ist. Das wollen wir nicht länger hinnehmen: Zeit, Arbeit zu demokratisieren!

81 Deswegen fordern wir eine *Arbeitszeitverkürzung auf 20 Stunden bei vollem*
82 *Lohnausgleich!*

83 So realisieren wir eine stärkere Beteiligung der Arbeiter*innen am
84 erwirtschafteten Profit und machen gleichzeitig den Weg frei für ein neues
85 Verhältnis zu Arbeit:

86 Wir schaffen Zeit für Engagement, Bildung Beziehungen und für einen selbst.

87 *Arbeitszeitverkürzung ist feministisch!*

88 Aktuell arbeiten in Deutschland ca. 47% aller Frauen und nur 15% aller Männer in
89 Teilzeit. Das liegt auch daran, dass der größte Teil der unbezahlten Sorgearbeit
90 aktuell von Frauen geleistet wird. Zu dieser Arbeit gehören unter anderem
91 Kinderbetreuung, Hausarbeit oder Pflege von Angehörigen. Wenn diese Tätigkeiten
92 nicht mit einem Vollzeitjob vereinbar sind, sind es folglich in erster Linie
93 Frauen, die für diese Tätigkeiten ihre Arbeitszeit reduzieren. Wir wollen durch
94 die Arbeitszeitverkürzung eine gerechtere Verteilung von Care-Arbeit schaffen.

95 Doch das allein wird nicht reichen. Solange einige wenige darüber entscheiden,
96 was produziert wird, welches Bedürfnis befriedigt, welches neu geschaffen und
97 welches vernachlässigt wird, solange wird Arbeit nicht dem Wohle der
98 Gesellschaft dienen.

99 Arbeit zu demokratisieren heißt auch, dass wir entscheiden wollen, für was wir
100 arbeiten und was wir produzieren.

101 Demokratische Strukturen müssen in der Wirtschaft eine zentrale Rolle spielen,
102 die "unsichtbare Hand des Marktes" ist nicht nur undemokratisch, sie löst unsere
103 Krisen nicht, sondern löst sie aus. Unternehmen müssen für die Menschen da sein
104 und sollten dementsprechend auch von ihnen gestaltet werden.

105 Wir fordern als ersten Schritt *mindestens 50 Prozent der Plätze in*
106

107 *Aufsichtsräten und Vorständen von Unternehmen durch Arbeiter*innen zu besetzen.*
108 Langfristig ist unser Ziel, dass keine Profite mehr auf Kosten der
Arbeiter*innen gemacht werden können.

109 *Unternehmen gehören in die Hände derer, die in ihnen arbeiten. Unternehmen, die*
110 *die Grundversorgung mit Wohnraum, Gesundheit, Mobilität und Energie*
111 *sicherstellen, müssen vergesellschaftet* und damit aus der Gewinnlogik soweit
112 möglich herausgenommen werden.

113 Wer etwas in unserer Gesellschaft grundlegend verändern will, muss
114 gesellschaftlichen Reichtum gerecht verteilen. Dafür braucht es eine starke
115 Gesellschaft, die solidarisch zusammenhält und einen Staat, der einen massiven
116 Umbau des Steuersystems in Angriff nimmt. Unser Augenmerk muss auf der
117 Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums liegen. Neben einer
118 *Erbsteuernsteuer von 100% mit einem Freibetrag von 1 Million Euro*, ist auch eine
119 *progressive Vermögenssteuer*, sowie eine *progressive Finanztransaktionssteuer* von
120 Nöten. Damit legen wir den Grundstein für eine wahrhaft soziale Daseinsfürsorge
121 für alle.

122 Es ist ökologisch und ökonomisch gefährlich, dass die Bundesregierung auf der
123 Investitionsbremse steht und am Dogma der schwarzen Null festhält. So wird seit
124 Jahren eine staatliche Daseinsvorsorge verhindert, Schulen, Bibliotheken und
125 Schwimmbäder werden kaputtgespart. Wir setzen uns für ein *Investitionspaket* ein,
126 das die sozial-ökologischen Krisen ernst nimmt und aktiv dagegen ansteuert. Um
127 gut gegen die Wirtschaftskrise gewappnet zu sein, die die Coronakrise mit sich
128 bringt, brauchen wir jetzt Investitionen in unseren *Bahnverkehr*, den
129 *öffentlichen Nahverkehr* und eine *Grundsicherung, die armutsfest ist*. Ebenfalls
130 brauchen wir eine Offensive in der finanziellen Unterstützung der jungen
131 Menschen: *Bafög endlich für alle Studierenden öffnen* und die
132 *Ausbildungsvergütung besonders in Zeiten der Krise zu 100% weiterführen*. Schulen
133 müssen Orte des Lernens für alle sein. *Deshalb müssen sie so ausgestattet*
134 *werden, dass an ihnen vollkommen unabhängig vom Geldbeutel gelernt werden kann*.
135 Nur so schaffen wir eine wirklich solidarische Gemeinschaft.

136 Sozialer Umbau und eine Wirtschaft, die Menschen dient, endet nicht an Grenzen.
137 Die Austeritätspolitik besonders im europäischen Süden hat fehlende
138 Gesundheitsinfrastruktur, Jugendarbeitslosigkeit und existentielle Armut mit
139 sich gebracht. Die Folgen können wir während der Coronakrise beobachten, die in
140 Ländern wie Italien und Spanien nicht zufällig besonders hohe Opferzahlen
141 gefordert hat. Damit muss Schluss sein! Ein wirklich demokratisches und soziales
142 System fußt niemals auf dem Leid Anderer.
143 *Deshalb fordern wir eine schnelle und umfassende Abkehr vom Sparkurs der EU.*

144 Den wahren Preis unseres Wirtschaftens auf dem Markt zahlen andere.
145 Umweltverschmutzung und die Zerstörung von Ökosystemen, aber auch schwere

146 Arbeitsrechtsverletzungen und globale Krisen wie die Klimakrise und massenhaftes
147 Artensterben, treffen den globalen Süden am schwersten. Als ersten Schritt gegen
148 die globale Ausbeutung von Mensch und Natur *fordern wir ein konsequentes*
149 *Lieferkettengesetz für die Europäische Union*. Unser Ziel aber muss eine globale
150 Wirtschaft sein, in der Ausbeutung und Klimazerstörung der Vergangenheit
151 angehören!

152 **Gemeinsam in ein neues Morgen**

153 In den letzten Jahrzehnten war die politische Debatte geprägt von Systemerhalt
154 und Stillstand. Systemkritik wurde und wird teilweise immer noch als Tabu
155 behandelt. Wer dafür einstand, für eine andere Art des Wirtschaftens zu kämpfen,
156 wurde als Antidemokrat*in bezeichnet und an den Verfassungsschutz verwiesen.

157 Die Gleichsetzung von profitmaximierender Wirtschaftsweise und Demokratie dient
158 so schon lange dazu, Debatten rund um die kapitalistische Gesellschaftsordnung
159 und Systemfragen zu verhindern und sorgt dafür, dass der gesellschaftliche
160 Diskurs entpolitisiert wird. Während die Gesellschaft immer liberaler wurde,
161 wurden trotzdem Kämpfe rund um eine gerechtere Gesellschaft, gleichere
162 Verteilung des Reichtums und bessere Arbeitsverhältnisse immer wieder verloren
163 wurden.

164 Dabei ist es genau das Gegenteil: Es ist nicht demokratisch, dass uns als
165 Gesellschaft ein Zugriff auf die grundlegendsten Bereiche unseres Zusammenlebens
166 verwehrt bleibt: Produktions-, Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse.
167 Doch immer mehr Menschen begehren auf und wollen nicht weiter hinnehmen, dass
168 eine Politik gemacht wird, die den Interessen der Vielen entgegensteht. In den
169 letzten Jahren haben wir erlebt, wie sich breite gesellschaftliche Bündnisse
170 bildeten, die auf der Straße gegen den Status Quo mobilisierten, sei es Fridays
171 for Future, die Seebrücke oder Unteilbar.

172 Corona hat viele vermeintliche Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt. Wir
173 haben gesehen, wie krisenhaft unsere Gesellschaft ist. Wir haben gesehen, wie
174 die Schwarze Null gefallen ist und wir haben gesehen, dass Politik
175 handlungsfähig sein kann.
176 Schon lange haben wir nicht mehr so grundsätzlich darüber diskutiert, wie wir
177 zusammenleben wollen, wie im letzten Jahr.

178 Als GRÜNE JUGEND glauben wir, dass eine grundlegende Veränderung der
179 Verhältnisse nicht nur möglich, sondern auch absolut notwendig ist.
180 Deswegen verfolgen wir eine politische Praxis, die sowohl auf konkrete
181 Verbesserung im Hier und Jetzt zielt und gleichzeitig einen Weg in eine Zukunft
182 jenseits des Kapitalismus aufzeigt.

183 Wir erteilen jenen, die versuchen, den Status Quo zum Naturgesetz zu erklären,
184 eine Absage und kämpfen für eine Welt, die sich an den Bedürfnissen der Vielen
185 orientiert, statt an den Profiten Einzelner.

186 Es kommt jetzt darauf an: Um für den Politikwechsel zu kämpfen, braucht es ein
187 neues gesellschaftliches Bündnis und eine Organisation linker Kräfte. Der
188 GRÜNEN JUGEND kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Als linker Richtungsverband
189 arbeiten wir im nächsten Jahr gemeinsam mit vielen anderen Akteur*innen daran,
190 eine Gegenerzählung zu entwickeln. Der Kampf um das gute Leben ist noch lange
191 nicht verloren. Er geht gerade erst los.